

Kreuzkirche und Oststadtverein für Asyl-Unterkunft LKZ 27.02.2016

Im Schlösslesfeld erhält die Stadtverwaltung jetzt Unterstützung dafür, mitten im Wohngebiet bis zu 60 Flüchtlinge unterzubringen - „Nehmen Herausforderung gerne an“

VON CHRISTIAN WALF

Die Diskussion um die geplante Flüchtlingsunterkunft auf einem Parkplatz an der Brucknerstraße gewinnt an Dynamik. Wie berichtet plant die Stadt dort eine temporäre Unterkunft in Modulbauweise für bis zu 60 Asylbewerber. Schon Ende des Jahres könnte die Einrichtung stehen. Der Parkplatz befindet sich mitten in einem dicht besiedelten Wohngebiet. Die Grundschule, ein Kindergarten, ein Spielplatz, aber auch das Areal der evangelischen Kreuzkirchengemeinde grenzen unmittelbar an den Parkplatz.

Daher hat sich Anfang des Jahres eine Bürgerinitiative gegründet, die verhindern will, dass die Unterkunft gebaut wird. Die Mitglieder befürchten, dass die Asylbewerber die soziale Sicherheit im Viertel gefährden, dass es zu Belästigungen von Frauen und Kindern kommt und

zu Auseinandersetzungen in der Asylunterkunft. Vor allem die große Nähe zu sozialen Einrichtungen, in denen Kinder untergebracht sind, macht vielen Gegnern Angst. Sie haben im Internet schon über 800 Unterschriften gegen die Pläne der Stadt gesammelt.

Rückendeckung erhält die Verwaltung von der Kreuzkirchen-Gemeinde und vom Oststadtverein. Der Kirchengemeinderat der Kreuzkirche hat jetzt einstimmig eine Stellungnahme beschlossen, der sich der Kirchengemeinderat der katholischen St. Paulusgemeinde sowie die Vorsitzenden der evangelischen Gesamtkirchengemeinde angeschlossen haben.

Glauben geprägt von Gastfreundschaft

Darin heißt es: „Wir halten die Unterkunft in unserem Wohngebiet für sinnvoll, weil wir der Überzeugung sind, dass die Möglichkeit von Begegnung Integrati-

on ermöglicht und unseren Lebens- und Kulturraum bereichert.“ Die schwierige politische Weltlage zwingt viele Menschen zur Flucht und verändert dadurch auch das Leben vor Ort. Man wolle die Sorgen und Ängste der Gegner zwar ernst nehmen, lähmen lassen wolle man sich von der Angst aber nicht.

Die Kirchenoffiziellen sehen sich verpflichtet, für die Würde jedes einzelnen Menschen einzutreten. „Wir wollen aktiv das Zusammenleben im Schlösslesfeld gestalten und dabei dazu beitragen, dass das Schlösslesfeld ein offener, freundlicher, respektvoller, toleranter und kreativer Stadtteil bleibt“. Und weiter: „Wir sagen Ja zu einem offenen Austausch und inhaltlichen Diskussionen, wir sagen Ja zu einem menschenfreundlichen, zugewandten Schlösslesfeld.“ Von pauschalen Vorverurteilungen und angstmachenden Prognosen halte man dagegen nichts.

Pfarrerin Bärbel Gnamm und ihr Kirchengemeinderat nehmen die Herausforderung gerne an, „weil Gastfreundschaft und Nächstenliebe unseren Glauben prägen.“

Entscheidung der Stadt nachvollziehbar

Auch der Oststadtverein distanziert sich deutlich von den Gegnern und unterstützt die Stadt bei ihren Plänen. „Die nun geplante dezentrale Unterbringung von zusätzlichen Flüchtlingen in ansprechenden Modulbauten auf befestigten Freiflächen ist angesichts des nicht ausreichend vorhandenen Wohnbestandes nachvollziehbar“, so Monika Schittenhelm, die Vorsitzende des Bürgervereins. „Die Unterbringung in weiteren Turnhallen ist keine gute Alternative.“

Den Standort auf dem Parkplatz sehen die Mitglieder des Vereinsvorstands als geeignet an. Sie verweisen auf den Ar-

beitskreis Asyl Ost/Oßweil, dessen Ehrenamtliche die Flüchtlinge regelmäßig besuchen, Sprachkurse anbieten, Ausflüge organisieren und Begegnungsmöglichkeiten geschaffen haben. Ingeborg Choeb vom Oststadtverein ist sich sicher, dass man Sorgen und Ängsten nur durch Kennenlernen und gemeinsamen Austausch begegnen könne.

Nach Ansicht der Vorstandsmitglieder ist die im Schlösslesfeld anonym initiierte Petition gegen die Flüchtlingsunterkunft nicht zielführend, weil sie keinen alternativen Vorschlag beinhaltet. Monika Schittenhelm: „Die Petition hat nur zum Ziel, Ängste und Vorurteile gegen Flüchtlinge zu untermauern. Sie lässt die Ludwigsburger Situation in der Flüchtlingsarbeit mit einer sehr guten Zusammenarbeit zwischen Ehrenamtlichen, Hauptamtlichen, Stadtverwaltung und der Polizei völlig außer Acht.“